

Anlage 2 zu TOP „Neufassung der Verbandssatzung / Vorberatung“, 06.10.2021: Synopse GVV-Satzungen

Stand: 24.08.2021

<p>Verbandssatzung des Gemeindeverwaltungsverbands Neckargemünd (konsolidiert), gültig ab 01.01.2002 bis 2021</p> <p>grün = aus altem Text entfernen rot = Änderungen blau = wortgleich GemO / GKZ</p>	<p>Verbandssatzung Gemeindeverwaltungsverband Waibstadt 2020</p>	<p>Verbandssatzung des Gemeindeverwaltungsverbandes Schönau im Schwarzwald 2017:</p>	<p>Verbandssatzung in der Neufassung vom 14. November 1991, geändert am 01. Juli 1992, 30. März 1993, 27. Juni 2000, 18. Juli 2001, 16. März 2005 und 24. September 2012, Gemeindeverwaltungsverband Hardheim-Walldürn</p>	<p>Gemeindeverwaltungsverband Neckartenzlingen: Altdorf, Altenriet, Bempflingen, Neckartailfingen, Neckartenzlingen Schlaitdorf 2018</p>
<p>Zur Bildung einer Verwaltungsgemeinschaft in der Rechtsform des Gemeindeverwaltungsverbands vereinbaren die in § 1 dieser Satzung genannten Gemeinden aufgrund der §§ 72 a bis 72 c 59 – 62 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg vom 25.7.1955 (Ges.Bl.S. 129) in Verbindung mit § 6 Abs. 1 des Zweckverbandsgesetzes vom 24.7.1963 (Ges.Bl.S. 114) sowie §§ 5 und 6 des Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in den derzeit gültigen Fassungen hat die Verbandsversammlung des Gemeindeverwaltungsverbandes Neckargemünd in der Sitzung am die folgende Neufassung der Verbandssatzung des Gemeindeverwaltungsverbandes Neckargemünd beschlossen:</p>	<p>Auf Grund von § 5 Abs. 3 und § 21 Abs. 1 und 2 des Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (GKZ) in Verbindung mit § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) hat die Verbandsversammlung des Gemeindeverwaltungsverbandes Waibstadt am 30.07.2020 folgende Neufassung der Verbandssatzung beschlossen:</p>	<p>Zur Bildung einer Verwaltungsgemeinschaft in der Rechtsform des Gemeindeverwaltungsverbandes vereinbaren die in § 1 dieser Satzung genannten Gemeinden aufgrund des § 59 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) in Verbindung mit § 6 Abs. 1 des Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit (GKZ) die folgende Verbandssatzung (in der Fassung der Änderungssatzung vom 27. Juli 2017:</p>	<p>Aufgrund der §§ 59 und 60 der Gemeindeordnung (GemO) in der Fassung vom 03. Oktober 1983, zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. Februar 1991 (GBl. S. 85), in Verbindung mit den §§ 5 und 6 des Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (GKZ) in der Fassung vom 16. September 1974 (GBl. S. 408), zuletzt geändert durch Gesetz vom 29. Juni 1983 (GBl. S. 229), hat die Verbandsversammlung des Gemeindeverwaltungsverbandes Hardheim-Walldürn in der Sitzung am 14. November 1991 folgende Neufassung der Verbandssatzung des Gemeindeverwaltungsverbandes Hardheim-Walldürn beschlossen:</p>	<p>Die Gemeinden Altdorf, Altenriet, Neckartenzlingen und Schlaitdorf haben am 10. Dezember 1971 bzw. 14. Dezember 1971 eine Verbandssatzung zur Bildung des Gemeindeverwaltungsverbandes Neckartenzlingen auf Grund von § 72 a GO (alt) in der Fassung vom 26. März 1968 und des § 15 des Gesetzes zur Vereinheitlichung und Ordnung des Schulwesens (SchVOG) i.V. mit § 6 Abs. 1 des Zweckverbandsgesetzes vom 24. Juli 1963 (Ges.Bl. S. 114) vereinbart. Nach § 75 des Gesetzes zum Abschluß der Neuordnung der Gemeinden (Besonderes Gemeindereformgesetz) vom 9. Juli 1974 (Ges.Bl. S. 248) werden die Gemeinden Bempflingen und Neckartailfingen Mitglieder des</p>

<p><i>(Bisherige Satzungsänderungen lt. Beschlüssen Verbandsversammlung: 19.03.1980, 11.12.1986 – diese noch nicht in die Satzung eingefügt -, 27.11.2001, 05.12.2001)</i></p>				<p>Gemeindeverwaltungsverbandes Neckartenzlingen. Zur Bildung bzw. Erweiterung dieser Verwaltungsgemeinschaft nach den §§ 59 - 62 der Gemeindeordnung in der Rechtsform des Gemeindeverwaltungsverbandes legt das Landratsamt Esslingen als Rechtsaufsichtsbehörde auf Grund von § 11 Abs. 3 des Dritten Gesetzes zur Verwaltungsreform (Allgemeines Gemeindereformgesetz) vom 9. Juli 1974 (Ges.Bl. S. 237) und von § 60 Abs. 1 - 3 GO vom 16. Sept. 1974 (Ges.Bl. S. 373) i.V. mit § 6 des Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit vom 16. Sept. (1974 Ges.Bl. S. 408 -GKZ-) und des § 15 des Gesetzes zur Vereinheitlichung und Ordnung des Schulwesens (SchVOG) vom 5. Mai 1964 (Ges.Bl. S. 235) folgende Verbandssatzung fest:</p>
<p>§ 1 Mitglieder, Name und Sitz des Verbands (1) Die Gemeinden Neckargemünd, Bammental, Wiesenbach und Gaiberg und Mückenloch – künftig Stadtteil von Neckargemünd Stand 19.03.1980 –</p>	<p>§ 1 Mitglieder, Name und Sitz des Verbands (1) Die Gemeinden Epfenbach, Helmstadt-Bargen, Neckarbischofsheim, Neidenstein, Reichartshausen und Waibstadt (im Folgenden Mitgliedsgemeinden) bilden den Gemeindeverwaltungsverband Waibstadt.</p>	<p>§ 1 Mitglieder, Name und Sitz des Verbands 1) Die Gemeinden Aitern, Böllen, Fröhnd, Schöna im Schwarzwald, Schönenberg, Tunau, Utzenfeld, Wembach und Wieden, alle Landkreis Lörrach, im Folgenden Mitgliedsgemeinden genannt, bil-</p>	<p>§ 1 Mitglieder, Name und Sitz des Verbandes (1) Die Gemeinden Hardheim, Höpfingen und Walldürn (im folgenden: Mitgliedsgemeinden) bilden den Gemeindeverwaltungsverband Hardheim-Walldürn.</p>	<p>§ 1 Mitglieder, Name und Sitz des Verbandes (1) Die Gemeinden Altdorf, Altenriet, Bempflingen, Neckartailfingen, Neckartenzlingen und Schlaithardorf -alle Landkreis Esslingen (im folgenden die Mitgliedsge-</p>

bilden den Gemeindeverwaltungsverband „Neckargemünd“.		den unter dem Namen "Gemeindeverwaltungsverband Schönau im Schwarzwald" einen Gemeindeverwaltungsverband.		meinden)- bilden den Gemeindeverwaltungsverband Neckartenzlingen.
(2) Der Gemeindeverwaltungsverband hat seinen Sitz in Neckargemünd.	(2) Der Gemeindeverwaltungsverband (im folgenden Verband) hat seinen Sitz in Waibstadt.	2) Der Gemeindeverwaltungsverband, im Folgenden Verband genannt, hat seinen Sitz in Schönau im Schwarzwald.	(2) Der Gemeindeverwaltungsverband (im folgenden: Verband) hat seinen Sitz in Walldürn.	(2) Der Gemeindeverwaltungsverband (im folgenden Verband) hat seinen Sitz in Neckartenzlingen.
§ 2 Aufgaben des Verbands (1) Der Verband berät die Mitgliedsgemeinden bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben. Bei Angelegenheiten, die andere Mitgliedsgemeinden berühren und eine gemeinsame Abstimmung erfordern, haben sich die Mitgliedsgemeinden der Beratung durch den Verband zu bedienen. (2) Der Verband erledigt für die Mitgliedsgemeinden in deren Namen die folgenden Angelegenheiten und Geschäfte der Gemeindeverwaltung nach den Beschlüssen und Anordnungen	§ 2 Aufgaben des Verbands (1) Der Verband berät die Mitgliedsgemeinden bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben. Bei Angelegenheiten, die andere Mitgliedsgemeinden berühren und eine gemeinsame Abstimmung erfordern, haben sich die Mitgliedsgemeinden der Beratung durch den Verband zu bedienen. Der Verband erledigt für die Mitgliedsgemeinden in deren Namen die folgenden Angelegenheiten und Geschäfte der Gemeindeverwaltung nach den Beschlüssen und Anordnungen	§ 2 Aufgaben des Verbandes 1) Der Verband erledigtverwaltungsgemäß folgende Aufgaben <u>für</u> die Mitgliedsgemeinden:	§ 2 Aufgaben des Verbandes (1) Der Verband berät die Mitgliedsgemeinden bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben. Bei Angelegenheiten, die andere Mitgliedsgemeinden berühren und eine gemeinsame Abstimmung erfordern, haben sich die Mitgliedsgemeinden der Beratung durch den Verband zu bedienen. (2) Der Verband erledigt für die Mitgliedsgemeinden in deren Namen die folgenden Angelegenheiten und Geschäfte der Gemeindeverwaltung nach den Beschlüssen	§2 Aufgaben des Verbandes (1) Der Verband berät die Mitgliedsgemeinden bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben. Bei Angelegenheiten, die andere Mitgliedsgemeinden berühren und eine gemeinsame Abstimmung erfordert, haben sich die Mitgliedsgemeinden der Beratung durch den Verband zu bedienen. (2) Der Verband stellt den Mitgliedsgemeinden zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben Gemeindefachbeamte und sonstige Bedienstete zur Verfügung. (3) Der Verband erledigt für die Mitgliedsgemeinden in deren Namen die folgenden Angelegenheiten und Geschäfte der Gemeindeverwaltung nach den

<p>der Gemeindeorgane (<u>Erledigungsaufgaben</u>):</p> <p>1. <u>Gesetzliche Erledigungsaufgaben</u></p> <p>a) die technischen Angelegenheiten bei der verbindlichen Bauleitplanung und der Durchführung von Bodenordnungsmaßnahmen sowie von Maßnahmen nach dem Städtebauförderungsgesetz,</p> <p>b) die Planung, Bauleitung und örtliche Bauaufsicht bei den Vorhaben des Hoch- und Tiefbaus,</p> <p>c) die Unterhaltung und den Ausbau der Gewässer zweiter Ordnung,</p> <p>d) die Abgaben-, Kassen- und Rechnungsgeschäfte, soweit sie</p>	<p>der Gemeindeorgane (<u>Erledigungsaufgaben</u>):</p> <p>1. <u>Gesetzliche Erledigungsaufgaben:</u></p> <p>a) die technischen Angelegenheiten bei der verbindlichen Bauleitplanung und der Durchführung von Bodenordnungsmaßnahmen sowie von Maßnahmen nach dem Städtebauförderungsgesetz,</p> <p>b) die Planung, Bauleitung und örtliche Bauaufsicht bei den Vorhaben des Hoch- und Tiefbaus,</p> <p>c) die Unterhaltung und den Ausbau der Gewässer zweiter Ordnung,</p> <p>d) die Abgaben-, Kassen- und Rechnungsgeschäfte, soweit sie von den Mitgliedsgemeinden</p>	<p>a) die Weisungsaufgaben, soweit gesetzliche Vorschriften nicht entgegenstehen,</p> <p>b) die dem Bürgermeister nach § 44 Abs. 2 GemO obliegenden oder übertragenen Aufgaben,</p> <p>c) die Haushaltsplan-, Abgaben-, Kassen- und Rechnungsgeschäfte.</p> <p>Die Zuständigkeit der Organe der Mitgliedsgemeinden zur Sachentscheidung und Vertretung bleibt unberührt.</p>	<p>und Anordnungen der Gemeindeorgane (<u>Erledigungsaufgaben</u>):</p> <p><u>Gesetzliche Erledigungsaufgaben:</u></p> <p>a) Die technischen Angelegenheiten bei der verbindlichen Bauleitplanung und der Durchführung von Bodenordnungsmaßnahmen sowie von Maßnahmen nach dem Städtebauförderungsgesetz,</p> <p>b) die Planung, Bauleitung und örtliche Bauaufsicht bei den Vorhaben des Hoch- und Tiefbaues,</p> <p>c) die Unterhaltung und den Ausbau der Gewässer zweiter Ordnung.</p>	<p>Beschlüssen und Anordnungen der Gemeindeorgane (<u>Erledigungsaufgaben</u>):</p> <p>1. <u>Gesetzliche Erledigungsaufgaben</u></p> <p>1.1 für alle Mitgliedsgemeinden:</p> <p>a. die technischen Angelegenheiten bei der verbindlichen Bauleitplanung und der Durchführung von Bodenordnungsmaßnahmen, sowie von Maßnahmen nach dem Städtebauförderungsgesetz,</p> <p>b. die Planung, Bauleitung und örtliche Bauaufsicht bei den Vorhaben des Hoch- und Tiefbaus,</p> <p>c. die Unterhaltung und den Ausbau der Gewässer zweiter Ordnung;</p> <p>1.2 für die Mitgliedsgemeinden Altdorf, Altenriet, Neckartenzlingen und Schlaitdorf:</p> <p>a. Weisungsaufgaben, soweit gesetzliche Vorschriften nicht entgegenstehen,</p> <p>b. die dem Bürgermeister nach § 44 Abs. 2 und 3 GO obliegenden und übertragenen Aufgaben,</p> <p>c. die Haushaltsplan-, Abgaben-, Kassen- und Rechnungsgeschäfte.</p>
--	--	--	--	---

<p>von den Gemeinden mit Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde nicht selbst erledigt werden.</p> <p>2. <u>Weitere Erledigungsaufgaben</u> a) Verbesserung des Personen-Nahverkehrs im Verwaltungsraum, b) Beratung der Mitgliedsgemeinden in Fragen der elektronischen Datenverarbeitung. a) und b) streichen <u>Stattdessen neu aufnehmen:</u> a) Klimaschutzmanagement, b) Integrationsmanagement. c) Prüfung von Architekten- und Ingenieurverträgen, Planunterlagen und Honorarabrechnungen.</p> <p>Die weiteren Erledigungsaufgaben können auch von den Gemeinden selbst übernommen werden.</p> <p>(3) Der Verband erfüllt <u>anstelle</u> der Mitgliedsgemeinden in eigener Zuständigkeit die folgenden Aufgaben (<u>Erfüllungsaufgaben</u>): <u>Gesetzliche Erfüllungsaufgaben</u></p> <p>a) die vorbereitende Bauleitplanung (Flächennutzungsplanung),</p>	<p>mit Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde nicht selbst erledigt werden.</p> <p>2. Weitere Erledigungsaufgabe: Die Herausgabe eines gemeinsamen Amtsblattes für die Mitgliedsgemeinden.</p> <p>(3) Der Verband erfüllt anstelle der Mitgliedsgemeinden in eigener Zuständigkeit die folgenden gesetzlichen Aufgaben (<u>Erfüllungsaufgaben</u>):</p> <p>a) die vorbereitende Bauleitplanung,</p>	<p>2) Der Verband erfüllt <u>anstelle</u> der Mitgliedsgemeinden folgende Aufgaben:</p> <p>a) die vorbereitende Bauleitplanung (<u>Flächennutzungsplan</u>), b) die Trägerschaft für die</p>	<p>(3) Der Verband erfüllt <u>anstelle</u> der Mitgliedsgemeinden in eigener Zuständigkeit folgende Aufgaben (<u>Erfüllungsaufgaben</u>): 1. <u>Gesetzliche Erfüllungsaufgaben</u></p> <p>a) Die vorbereitende Bauleitplanung,</p>	<p>2. Weitere Erledigungsaufgaben für die Gemeinden Altdorf, Altenriet, Neckartenzlingen und Schlaitdorf: Berechnung und Zahlbarmachung der Löhne und Gehälter.</p> <p>(4) Der Verband erfüllt <u>anstelle</u> der Mitgliedsgemeinden in eigener Zuständigkeit die folgenden Aufgaben (<u>Erfüllungsaufgaben</u>): 1. <u>Gesetzliche Erfüllungsaufgaben</u> 1.1 für alle Mitgliedsgemeinden: a. die vorbereitende Bauleitplanung,</p>
---	--	---	---	---

<p>b) die Aufgaben des Trägers der Straßenbaulast für die Gemeindeverbindungsstraßen, soweit sie von den Gemeinden mit Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde nicht selbst erledigt werden.</p> <p><u>2. Weitere Erfüllungsaufgaben</u> <u>Bau und Betrieb eines Hallenschwimmbades</u> <u>Bildung des Gutachterausschusses für die Ermittlung von Grundstückswerten auf Verbandsebene</u> streichen</p>	<p>b) die Aufgaben des Trägers der Straßenbaulast für die Gemeindeverbindungsstraßen, soweit sie von den Mitgliedsgemeinden mit Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde nicht selbst erledigt werden.</p> <p>(4) Als weitere Erfüllungsaufgabe übernimmt der Verband:</p> <p>a) Die Erteilung der Fischereischeine und der Jugendfischereischeine</p> <p>(5) Die Kassengeschäfte des Verbandes werden als fremdes Kassengeschäft (§ 2 Gem-KVO) der Mitgliedsgemeinde übertragen, an der sich der Sitz des Verbandes nach § 1 Abs. 2 befindet.</p>	<p>Straßenbaulast der <u>Gemeindeverbindungsstraßen</u> sowie die technische Verwaltung der übrigen Gemeindestraßen,</p> <p>c) die <u>Schulträgerschaft</u> gemäß § 3 dieser Satzung,</p> <p>d) die Trägerschaft für die <u>Buchenbrandhalle</u></p> <p>e) die Unterhaltung, Erweiterung und den Betrieb der <u>Friedhofsanlagen</u> in Schöнау im Schwarzwald,</p> <p>f) die Unterhaltung und den Betrieb des <u>Buchenbrandkindergartens</u> in Schöнау im Schwarzwald,</p> <p>g) die Aufgaben des <u>Personenstandswesens</u>.</p> <p>3) Der Verband übernimmt nach Maßgabe des § 4 die Aufgabe, die zur Reinhaltung der Gewässer im Verbandsgebiet anfallenden häuslichen, gewerblichen und industriellen Abwässer zu sammeln und vor ihrer Einleitung in den Vorfluter in einer <u>Gruppenkläranlage</u> zu reinigen, sowie die dabei anfallenden Schlamm- und Abfallstoffe abzuführen und unschädlich unterzubringen.</p> <p>4) Der Verband gibt als gemeinsames <u>Mitteilungsblatt</u> des Verbandes und seiner Mitgliedsge-</p>	<p>b) die Aufgaben des Trägers der Straßenbaulast für die <u>Gemeindeverbindungsstraßen</u>.</p> <p>2. <u>Weitere Erfüllungsaufgaben</u></p> <p>a) Die <u>Kanal- und Straßenreinigung</u>,</p> <p>b) die Aufgaben des <u>Gutachterausschusses</u>,</p> <p>c) die Planung und Erschließung gemeinsamer <u>Industriegebiete</u> innerhalb des Verbandsgebietes und die Ansiedlung von Betrieben nach näherer Bestimmung der §§ 5 bis 11,</p> <p>d) Aufgaben des Geopark <u>Informationszentrums</u>,</p> <p>e) <u>Konversion</u> militärischer Liegenschaften.</p>	<p>b. die Aufgaben des Trägers der Straßenbaulast für die Gemeindeverbindungsstraßen; 1.2 für die Mitgliedsgemeinden Altdorf, Altenriet, Neckartenzlingen und Schlaitdorf:</p> <p>a. die technische Verwaltung der <u>Gemeindestraßen</u> mit Ausnahme der Gemeindeverbindungsstraßen;</p> <p>1.3 für die Gemeinden Altdorf, Altenriet, Bempflingen, Neckartenzlingen und Schlaitdorf:</p> <p>a. die Aufgaben des <u>Schulträgers</u> für Hauptschulen i.S. des § 11 Abs. 1 SchVOG.</p> <p>2. <u>Weitere Erfüllungsaufgaben</u> für die Mitgliedsgemeinden Altdorf, Altenriet, Bempflingen, Neckartenzlingen und Schlaitdorf:</p> <p>die Aufgaben des <u>Schulträgers</u> für die Sonderschulen i.S. des § 11 Abs. 1 SchVOG.</p> <p>3. Weitere Erfüllungsaufgaben für die Verbandsgemeinden:</p> <p>a. die Verlegung eines <u>gemeinsamen Amtsblattes</u>.</p> <p>b. die Bildung des <u>Gutachterausschusses</u> gem. § 137 BBauG</p> <p>c. das <u>Personenstandswesen</u></p> <p>d. die <u>Renteninformation</u></p> <p>(5) Der Verband kann gegen Kostenersatz Aufgaben auch für</p>
--	--	--	--	---

<p>(4) Der Verband kann ferner die ihm durch oder aufgrund eines Gesetzes übertragbaren Aufgaben wahrnehmen.</p> <p>Anträge auf Übertragung der Zuständigkeiten nach Satz 1 bedürfen einer Mehrheit von mindestens 2/3 der Stimmen aller Mitglieder der Verbandsversammlung.</p>	<p>(6) Der Verband kann ferner die ihm auf Grund eines Gesetzes übertragbaren Aufgaben wahrnehmen. Anträge auf Übernahme von Zuständigkeiten nach Satz 1 müssen von den Mitgliedern der Verbandsversammlung mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen aller Mitglieder beschlossen werden, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist.</p> <p>(7) Der Verband engagiert sich gemeinsam touristisch und benutzt dabei den Namen „Brunnenregion“.</p>	<p>meinden den "Schönauer Anzeiger" heraus, der wöchentlich erscheint.</p> <p>5) Der Verband kann Aufgaben im Bereich des <u>Fremdenverkehrs</u> übernehmen, soweit entsprechende Beschlüsse der Verbandsversammlung vorliegen. Die Aufgaben sollen die gemeinsamen Interessen der Gemeinden zur Förderung des Fremdenverkehrs abdecken, insbesondere sind dies die gemeinsame Fremdenverkehrswerbung (Zeitungswerbung, Messebesuche), Prospekterstellung, Herausgabe von Informationsmaterial sowie Beteiligung an überörtlichen Einrichtungen.</p> <p>6) Der Verband ist Mitglied im Trägerverein Schwarzwald Nordic Center Notschrei. Der Trägerverein errichtete und betreibt das Schwarzwald Nordic Center Notschrei, bestehend aus Schießanlage, dem zugehörigen Streckennetz und der Beschneiungsanlage. Errichtung und Betrieb der Anlage wurden bzw. werden durch Zuschüsse und durch Eigenanteile (Investitionskosten- und Betriebskostenanteile) der Mitglieder finanziert</p>	<p>(4) Der Verband nimmt ferner die ihm sonst noch durch Gesetz oder aufgrund eines Gesetzes übertragenen Aufgaben wahr.</p>	<p>solche Gemeinden, und Organisationen verwaltungsmäßig erledigen, die nicht Mitglieder des Verbandes sind.</p> <p>(6) Der Verband nimmt ferner die ihm sonst noch durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes übertragenen Aufgaben wahr.</p>
	§ 3 Führung der Kassengeschäfte		§ 3 Führung der Kassengeschäfte	§ 3 Führung der Kassengeschäfte

	<p>(1) Zu den Kassengeschäften nach § 2 Abs. 2 Nr. 1 Buchst. d gehören insbesondere:</p> <p>a) Die Abwicklung des Zahlungsverkehrs (Ein- und Auszahlungen),</p> <p>b) die Verwaltung der für die Verwahrung zugewiesenen Urkunden und Wertgegenstände,</p> <p>c) die Verwaltung der Zahlungsmittel und die Sorge für die Zahlungsbereitschaft der Kasse,</p> <p>d) die Betreibung oder Veranlassung der Betreibung nicht rechtzeitig bezahlter Geldbeträge.</p> <p>(2) Der Verband führt für die einzelnen Mitgliedsgemeinden besondere Giro-, Postgiro- und Bankkonten. Die einzelnen Mitgliedsgemeinden bestimmen, welche Konten geführt werden.</p> <p>(3) Die Mitgliedsgemeinden können eigene Handkassen zur Annahme- und zur Auszahlung kleinerer Geldbeträge führen. Für die Führung und Prüfung der Handkassen sind die Mitgliedsgemeinden selbst verantwortlich. Die Handkasse hat nach Bedarf, jedoch mindestens monatlich mit der vom Verband geführten Gemeindegasse unter Belegung der Einnahmen und Ausgaben abzurechnen.</p>		<p>Der Verband führt die Kassengeschäfte nach den für die Gemeinden geltenden Vorschriften; er kann die Kassengeschäfte durch eine Mitgliedsgemeinde erledigen lassen.</p>	<p>(1) Zu den Kassengeschäften nach § 2 Abs. 3 Nr. 1.2 c gehören insbesondere</p> <p>a. die Abwicklung des Zahlungsverkehrs (Ein- und Auszahlungen),</p> <p>b. die der Verwaltung zur Verwahrung zugewiesenen Urkunden und Wertgegenstände,</p> <p>c. die Verwaltung der Zahlungsmittel und die Sorge für die Zahlungsbereitschaft der Kasse,</p> <p>d. die Betreibung oder Veranlassung der Betreibung nicht rechtzeitig bezahlter Geldbeträge.</p> <p>(2) Der Verband führt für die einzelnen Mitgliedsgemeinden besondere Giro-, Postscheck- und Bankkonten. Die einzelnen Gemeinden bestimmen, welche Konten geführt werden.</p> <p>(3) Die Mitgliedsgemeinden können eigene Handkassen zur Auszahlung kleinerer Geldbeträge führen. Für die Prüfung der Handkassen sind die Mitgliedsgemeinden selbst verantwortlich. Die Handkasse hat monatlich mit der Verbandskasse unter Belegung der Ausgaben abzurechnen.</p>
--	---	--	--	---

			Zweckverbände, öffentlich-rechtliche Vereinbarungen Sofern der Verband nach § 61 Abs. 6 Satz 1 GemO in die Rechtsstellung von Mitgliedsgemeinden bei Zweckverbänden oder öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen eintritt, gilt folgendes: 1. Sind in die Verbandsversammlung eines Zweckverbandes mehrere Vertreter des Verbandes zu entsenden, so können die Mitgliedsgemeinden, in deren Rechtsstellung der Verband eingetreten ist, Vorschläge für die Wahl der weiteren Vertreter machen. 2. In der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung vorgesehene Mitwirkungsrechte werden vom Verband im Benehmen mit den Mitgliedsgemeinden wahrgenommen, in deren Rechtsstellung er eingetreten ist	§ 4 Zweckverbände, öffentlich-rechtliche Vereinbarungen Sofern der Verband nach § 61 Abs. 6 Satz 1 GO in die Rechtsstellung von Mitgliedsgemeinden bei Zweckverbänden oder öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen eintritt, gilt folgendes: 1. Sind in die Verbandsversammlung eines Zweckverbandes mehrere Vertreter des Verbandes zu entsenden, so können die Mitgliedsgemeinden, in deren Rechtsstellung der Verband eingetreten ist, Vorschläge für die Wahl weiterer Vertreter machen. 2. In der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung vorgesehene Mitwirkungsrechte werden vom Verband im Benehmen mit den Mitgliedsgemeinden wahrgenommen, in deren Rechtsstellung er eingetreten ist.
§ 3 Organe des Verbands Organe des Verbands sind: die Verbandsversammlung und der Verbandsvorsitzende.	§ 4 Organe des Verbands Organe des Verbandes sind: Die Verbandsversammlung, der Verbandsvorsitzende.	§ 5 Verbandsorgane Organe des Verbandes sind: 1) die Verbandsversammlung, 2) der Verbandsvorsitzende	§ 12 Organe des Verbandes Organe des Verbandes sind: Die Verbandsversammlung, der Verbandsvorsitzende.	§ 6 Organe des Verbandes Organe des Verbandes sind: die Verbandsversammlung und der Verbandsvorsitzende.
§ 4 Verbandsversammlung (1) Die Verbandsversammlung ist das Hauptorgan des Verbands.	§ 5 Verbandsversammlung (1) Die Verbandsversammlung ist das Hauptorgan des Verbandes. Sie ist für alle Angelegenheiten	§ 6 Verbandsversammlung 1) Die Verbandsversammlung ist das Hauptorgan des Verbandes.	§ 13 Verbandsversammlung (1) Die Verbandsversammlung ist das Hauptorgan des Verbandes. Sie ist für alle Angelegenheiten	§ 7 Verbandsversammlung (1) Die Verbandsversammlung ist das Hauptorgan des Verbandes.

<p>bands. Sie ist für alle Angelegenheiten des Verbands zuständig, für die nicht die Zuständigkeit des Verbandsvorsitzenden gegeben ist, insbesondere für:</p> <p>1) die Wahl des Verbandsvorsitzenden, der Stellvertreter des Verbandsvorsitzenden und die Festlegung der Reihenfolge der Stellvertretung, 2) die Änderung der Verbandsatzung sowie die Auflösung des Verbands,</p> <p>3) die Beschlussfassung über Anträge auf Übertragung von Zuständigkeiten (§ 2 Abs. 4 Satz 2), 4) den Erlass von Satzungen des Verbands einschließlich der Haushaltssatzung, 5) die Feststellung von Wirtschaftsplänen für Sondervermögen mit Sonderrechnung, 6) den Erlass von Tarifordnungen für die Inanspruchnahme der Einrichtungen und Dienstleistungen des Verbands,</p>	<p>genheiten des Verbands zuständig, für die nicht die Zuständigkeit des Verbandsvorsitzenden (§ 7) gegeben ist, insbesondere für:</p> <p>1. Die Wahl des Verbandsvorsitzenden und seiner Stellvertreter, 2. die Wahl weiterer Vertreter in die Verbandsversammlung von Zweckverbänden 3. die Beschlussfassung über Anträge auf Übertragung von Zuständigkeiten (§ 2 Abs. 5), 4. den Erlass von Satzungen des Verbands einschließlich der Haushaltssatzung, 5. die Feststellung von Wirtschaftsplänen für Sondervermögen mit Sonderrechnung, 6. den Erlass von Tarifordnungen für die Inanspruchnahme der Einrichtungen und Dienstleistungen des Verbands,</p>	<p>Sie entscheidet über alle Angelegenheiten des Verbandes, soweit nicht hierfür kraft Gesetzes oder dieser Satzung oder aufgrund besonderer Zuweisung durch die Verbandsversammlung der Verbandsvorsitzende zuständig ist.</p>	<p>des Verbandes zuständig, für die nicht die Zuständigkeit des Verbandsvorsitzenden gegeben ist, insbesondere für</p> <p>1. die Wahl des Verbandsvorsitzenden und seiner Stellvertreter, 2. die Wahl weiterer Vertreter in die Verbandsversammlung von Zweckverbänden, 3. die Änderung der Verbandsatzung sowie die Auflösung des Verbandes, 4. die Beschlussfassung über Anträge auf Zuständigkeiten (§ 2 Abs. 4), 5. den Erlass von Satzungen des Verbandes einschließlich der Haushaltssatzung sowie den Erlass von Geschäftsordnungen, 6. die Feststellung von Wirtschaftsplänen für Sondervermögen mit Sonderrechnung, 7. den Erlass von Tarifordnungen für die Inanspruchnahme der Einrichtungen und Dienstleistungen des Verbandes,</p>	<p>des. Sie ist für alle Angelegenheiten des Verbandes zuständig, für die nicht die Zuständigkeit des Verbandsvorsitzenden gegeben ist, insbesondere für:</p> <p>1. die Wahl des Verbandsvorsitzenden und seines Stellvertreter, 2. die Wahl weiterer Vertreter in die Verbandsversammlung von Zweckverbänden, 3. die Änderung der Verbandsatzung, 4. die Beschlussfassung über Anträge auf Zuständigkeiten (§2 Abs. 5 und 6), 5. den Erlass von Satzungen des Verbands einschließlich der Haushaltssatzung, 6. die Feststellung von Wirtschaftsplänen für Sondervermögen mit Sonderrechnung, 7. den Erlaß von Tarifordnungen für die Inanspruchnahme der Einrichtungen und Dienstleistungen des Verbandes,</p>
---	---	---	---	---

<p>7) die Feststellung der Jahresrechnung,</p> <p>8) die Aufstellung des Flächennutzungsplans,</p> <p>9) die Entscheidung über die Errichtung, wesentliche Erweiterung und Aufhebung von Einrichtungen des Verbands (§ 2 Abs. 3),</p> <p>10) die Entscheidung über die Anschaffung oder Herstellung von Vermögensgegenständen, deren Anschaffungs- oder Herstellungskosten im Einzelfall oder für die Sachgemeinschaft mehr als 2.500,00 € 5.000 € betragen,</p> <p>11) die Beschlussfassung über Maßnahmen, die sich erheblich auf den Haushalt des Verbands auswirken oder die kommunalpolitisch besonders bedeutsam sind,</p>	<p>7. die Feststellung der Jahresrechnung,</p> <p>8. die Aufstellung des Flächennutzungsplans,</p> <p>9. die Entscheidung über die Errichtung, wesentliche Erweiterung und Aufhebung von Einrichtungen des Verbands und der Verbandsverwaltung,</p> <p>10. die Entscheidung über die Anschaffung oder Herstellung von Vermögensgegenständen, deren Anschaffungs- oder Herstellungskosten im Einzelfall oder für die Sachgemeinschaft mehr als 15.000,00 € betragen,</p> <p>11. die Beschlussfassung über Maßnahmen, die sich erheblich auf den Haushalt des Verbands auswirken und kommunalpolitisch besonders bedeutsam sind,</p> <p>12. die Entscheidung über die Ernennung, Anstellung und Entlassung der Beamten und der sonstigen Bediensteten des Verbands,</p>		<p>8. die Feststellung der Jahresrechnung,</p> <p>9. die Aufstellung des Flächennutzungsplanes,</p> <p>10. die Entscheidung über die Errichtung, wesentliche Erweiterung und Aufhebung von Einrichtungen des Verbandes und der Verbandsverwaltung,</p> <p>11. die Entscheidung über die Anschaffung oder Herstellung von Vermögensgegenständen, deren Anschaffungs- oder Herstellungskosten im Einzelfall oder für die Sachgemeinschaft mehr als 5.000,00 EUR betragen,</p> <p>12. die Beschlussfassung über Maßnahmen, die sich erheblich auf den Haushalt des Verbandes auswirken oder die kommunalpolitisch besonders bedeutsam sind,</p> <p>13. die Entscheidung über die Ernennung, Anstellung und Entlassung der Beamten (ab Besoldungsgruppe A 9 BBesO - gehobener Dienst) und der sonstigen leitenden Bediensteten des Verbandes</p>	<p>8. die Feststellung der Jahresrechnung,</p> <p>9. die Aufstellung des Flächennutzungsplanes,</p> <p>10. die Entscheidung über die Errichtung, wesentliche Erweiterung und Aufhebung von Einrichtungen des Verbands und der Verbandsverwaltung,</p> <p>11. die Entscheidung über die Inanspruchnahme von Dienstleistungen bzw. die Anschaffung oder Herstellung von Vermögensgegenständen, deren Anschaffungs- oder Herstellungskosten im Einzelfall oder für die Sachgemeinschaft mehr als 5.000,-- Euro betragen,</p> <p>12. die Beschlussfassung über Maßnahmen, die sich erheblich auf den Haushalt des Verbands auswirken oder die kommunalpolitisch bedeutsam sind,</p> <p>13. die Entscheidung über die Ernennung, Anstellung und Entlassung der Beamten und der sonstigen leitenden Bediensteten des Verbandes,</p>
--	---	--	--	---

<p>12) die Beschlussfassung über die Höhe der Abfindung ausscheidender Mitgliedsgemeinden.</p> <p>(2) Die Verbandsversammlung besteht aus den Bürgermeistern der Mitgliedsgemeinden und 16 weiteren Vertretern, von denen 9 auf die Stadt Neckargemünd, 3 auf die Gemeinde Bammental, 2 auf die Gemeinde Wiesenbach und 2 auf die Gemeinde Gaiberg entfallen.</p>	<p>13. die Änderung der Verbandsatzung sowie die Auflösung des Verbands,</p> <p>14. die Beschlussfassung über die Höhe der Abfindung ausscheidender Mitgliedsgemeinden.</p> <p>(2) Die Verbandsversammlung besteht aus den Bürgermeistern der Mitgliedsgemeinden und weiteren Vertretern.</p> <p>(3) Die Zahl der weiteren Vertreter beträgt in Mitgliedsgemeinden mit nicht mehr als 1.100 Einwohner 1, in Mitgliedsgemeinden mit mehr als 1.100 aber nicht mehr als 2.500 Einwohnern 2, in Mitgliedsgemeinden mit mehr als 2.500 aber nicht mehr als 4.000 Einwohnern 3, in Mitgliedsgemeinden mit mehr als 4.000 aber nicht mehr als 6.000 Einwohnern 4, in Mitgliedsgemeinden mit mehr als 6.000 Einwohnern 6.</p>	<p>2) Die Verbandsversammlung besteht aus dem Bürgermeister einer jeden Mitgliedsgemeinde und je einem weiteren Vertreter; die Stadt Schönau im Schwarzwald entsendet dazu noch drei weitere Vertreter.</p>	<p>(Angestellte ab Vergütungsgruppe V b BAT),</p> <p>14. die Beschlussfassung über die Höhe der Abfindung ausscheidender Mitgliedsgemeinden.</p> <p>(2) Die Verbandsversammlung besteht aus den Bürgermeistern der Mitgliedsgemeinden und neunzehn weiteren Vertretern, von denen sechs auf der Gemeinde Hardheim, drei auf die Gemeinde Höpfingen und zehn auf die Stadt Walldürn entfallen.</p>	<p>14. die Beschlussfassung über die Höhe der Abfindung ausscheidender Mitgliedsgemeinden,</p> <p>15. Die Beschlussfassung über die Erledigung von Aufgaben nach § 2 Abs.5.</p> <p>(2) Die Verbandsversammlung besteht aus den Bürgermeistern der Mitgliedsgemeinden und 13 weiteren Vertretern, von denen 3 auf die Gemeinde Neckartenzlingen und je 2 auf die übrigen Mitgliedsgemeinden entfallen.</p>
---	--	---	---	---

<p>Die weiteren Vertreter einer jeden Mitgliedsgemeinde werden nach jeder regelmäßigen Wahl der Gemeinderäte von dem neugebildeten Gemeinderat aus seiner Mitte gewählt.</p> <p>Scheidet ein weiterer Vertreter vorzeitig aus dem Gemeinderat oder der Verbandsversammlung aus, wird für den Rest der Amtszeit ein neuer weiterer Vertreter gewählt.</p> <p>(3) Für jeden weiteren Vertreter ist ein Stellvertreter zu bestellen, der diesen im Verhinderungsfall vertritt.</p> <p>(4) Jedes Mitglied der Verbandsversammlung hat eine Stimme.</p> <p>(5) Die Stimmen jeder Mitgliedsgemeinde können nur einheitlich abgegeben werden (§ 13 Abs. 2 Satz 3 GKZ). Es wird das gesamte Stimmenkontingent jeder Gemeinde gezählt.</p>	<p>(4) Die weiteren Vertreter einer jeden Mitgliedsgemeinde werden nach jeder regelmäßigen Wahl der Gemeinderäte von dem neu gebildeten Gemeinderat gewählt.</p> <p>Scheidet ein weiterer Vertreter vorzeitig aus dem Gemeinderat oder der Verbandsversammlung aus, so wird für den Rest der Amtszeit ein neuer weiterer Vertreter gewählt.</p> <p>(5) Für jeden weiteren Vertreter ist ein Stellvertreter zu bestellen, der diesen im Verhinderungsfall vertritt.</p>	<p>Die weiteren Vertreter einer jeden Gemeinde werden nach jeder regelmäßigen Wahl der Gemeinderäte von dem neu gebildeten Gemeinderat aus seiner Mitte bestellt.</p> <p>3) Scheidet ein als weiterer Vertreter bestellter Gemeinderat vorzeitig aus diesem Amt aus, so endet mit seinem Ausscheiden auch seine Zugehörigkeit zur Verbandsversammlung. Für den Rest der Amtszeit wird ein Ersatzmann bestellt.</p> <p>§ 7</p> <p>3) Das Stimmenverhältnis der Mitgliedsgemeinden in der Verbandsversammlung richtet sich nach der Zahl der Einwohner im Sinne des § 143 GemO; je angefangene 100 Einwohner ergeben eine Stimme.</p> <p>Die Stimmabgabe kann für jede Mitgliedsgemeinde nur einheitlich erfolgen.</p>	<p>Die weiteren Vertreter einer jeden Mitgliedsgemeinde werden nach jeder regelmäßigen Wahl der Gemeinderäte von dem neu gebildeten Gemeinderat aus seiner Mitte gewählt.</p> <p>Scheidet ein weiterer Vertreter vorzeitig aus, wird für den Rest der Amtszeit ein neuer weiterer Vertreter gewählt.</p> <p>Für jeden weiteren Vertreter ist ein Stellvertreter zu bestellen, der diesen im Verhinderungsfall vertritt.</p> <p>(3) Jede Mitgliedsgemeinde hat so viele Stimmen, wie Vertreter in der Verbandsversammlung.</p> <p>Die Stimmen jeder Mitgliedsgemeinde können nur einheitlich abgegeben werden.</p>	<p>Die weiteren Vertreter einer jeden Mitgliedsgemeinde werden nach jeder regelmäßigen Wahl der Gemeinderäte von dem neu gegliederten Gemeinderat aus seiner Mitte gewählt.</p> <p>Scheidet ein weiterer Vertreter vorzeitig aus, wird für den Rest der Amtszeit ein neuer weiterer Vertreter gewählt.</p> <p>Für jeden weiteren Vertreter ist ein Stellvertreter zu bestellen, der diesen im Verhinderungsfall vertritt.</p> <p>(3) Die Gemeinden haben folgende Stimmen in der Verbandsversammlung: Altdorf 4, Altenriet 6, Bempflingen 10, Neckartailfingen 8, Neckartenzlingen 22 und Schlaitdorf 6. Die Stimmen jeder Mitgliedsgemeinde können nur einheitlich abgegeben werden.</p>
---	--	---	---	---

Dr Bürgermeister bzw. Stellvertreter im Vertretungsfall gibt das Votum für seine Kommune ab.				
§ 5 Geschäftsgang (1) Auf die Verbandsversammlung finden die Bestimmungen der Gemeindeordnung über den Geschäftsgang des Gemeinderats entsprechende Anwendung, soweit sich aus dem Zweckverbandsgesetz Gesetz über kommunale Zusammenarbeit und dieser Verbandssatzung nichts anderes ergibt. (2) Die Verbandsversammlung ist einzuberufen, wenn es die Geschäftslage erfordert; sie soll jedoch vierteljährlich einberufen werden. Die Verbandsversammlung muss unverzüglich einberufen werden, wenn es eine Mitgliedsgemeinde oder mindestens ein Drittel ein Viertel der Mitglieder der Verbandsversammlung unter Angabe des Verhandlungsgegenstandes beantragt. (3) Die Verbandsversammlung ist beschlussfähig, wenn min-	§ 6 Geschäftsgang (1) Auf die Verbandsversammlung finden die Bestimmungen der Gemeindeordnung über den Geschäftsgang des Gemeinderats entsprechende Anwendung, soweit sich aus dem Gesetz über kommunale Zusammenarbeit und dieser Verbandssatzung nichts anderes ergibt. Jedes Mitglied der Verbandsversammlung hat eine Stimme. (2) Die Verbandsversammlung ist einzuberufen, wenn es die Geschäftslage erfordert, in der Regel jedoch alle drei Monate. Sie ist einzuberufen, wenn es eine Mitgliedsgemeinde oder mindestens ein Viertel der Mitglieder der Verbandsversammlung unter Angabe des Verhandlungsgegenstandes beantragt. (3) Die Verbandsversammlung ist beschlussfähig, wenn min-	§ 7 Geschäftsgang, Stimmenverhältnis 1) Auf die Verbandsversammlung finden die Bestimmungen der GemO über den Geschäftsgang des Gemeinderates entsprechende Anwendung, soweit sich aus dem GKZ und aus dieser Verbandssatzung nichts anderes ergibt. 2) Die Verbandsversammlung ist einzuberufen, wenn es die Geschäftslage erfordert. Die Ladungsfrist beträgt vierzehn Tage. 4) Die Verbandsversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der Mitglieder (§	§ 14 Geschäftsgang (1) Für den Geschäftsgang der Verbandsversammlung gelten § 15 des Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (GKZ) und ergänzend in entsprechender Anwendung die Bestimmungen der Gemeindeordnung (GemO) über den Geschäftsgang des Gemeinderates, soweit in dieser Verbandssatzung nichts anderes bestimmt ist. (2) Die Verbandsversammlung ist einzuberufen, wenn es die Geschäftslage erfordert. (3) Die Verbandsversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens	§ 8 Geschäftsgang (1) für den Geschäftsgang der Verbandsversammlung gelten § 15 des GKZ und ergänzend in entsprechender Anwendung die Bestimmungen der GO über den Geschäftsgang des Gemeinderates, soweit in dieser Verbandssatzung nichts anderes bestimmt ist. (2) Die Verbandsversammlung ist einzuberufen, wenn es die Geschäftslage erfordert. (3) Die Verbandsversammlung ist beschlußfähig, wenn mindes-

<p>destens die Hälfte aller Mitglieder der Versammlung und mindestens die Hälfte der Mitgliedsgemeinden vertreten sind und wenn die Sitzung ordnungsgemäß geleitet wird.</p> <p>Ein Beschluss der Versammlung ist nur dann rechts-gültig, wenn er mit den Stim-men von mindestens zwei Mit-gliedsgemeinden zustande ge-kommen ist. Sofern die Satzung nichts anderes bestimmt, gilt die einfache Mehrheit.</p> <p>(4) Die Beschlüsse der Verbandsversammlung über das <u>Ausscheiden einer Mitgliedsge-meinde aus dem Verband sowie über die Auflösung des Ver-bands</u> bedürfen einer Mehrheit von drei Vierteln der Stimmen aller Mitglieder der Versammlung; der Beschluss über die Auflösung des Verbands bedarf außerdem der Zu-stimmung <u>aller</u> Mitgliedsge-meinden.</p> <p>(5) Die Niederschrift über die Verhandlungen der Versammlung ist vom Vorsitzen-den und vom Schriftführer zu unterzeichnen. Sie ist den Mit-</p>	<p>destens die Hälfte aller Mitglie-der der Versammlung anwesend und mindestens die Hälfte der Mitgliedsgemeinden vertreten ist und wenn die Sit-zung ordnungsgemäß geleitet wird.</p> <p>(4) Die Beschlüsse der Verbandsversammlung über das Ausscheiden einer Mitgliedsge-meinde aus dem Verband sowie über die Auflösung des Ver-bands bedürfen einer Mehrheit von drei Vierteln der Stimmen aller Mitglieder der Versammlung; der Beschluss über die Auflösung des Verbands bedarf außerdem der Zu-stimmung aller Mitgliedsge-meinden.</p> <p>(5) Die Niederschrift über die Verhandlungen der Versammlung ist vom Vorsit-zenden und vom Schriftführer zu unterzeichnen. Sie ist den</p>	<p>6 Abs. 2) anwesend ist und die-sen Mitgliedern mindestens die Hälfte der satzungsmäßigen Stimmen (§ 7 Abs. 3) zusteht.</p> <p>5) Ein Beschluss der Versam-mlung ist nur dann rechtsgültig, wenn er mit den Stimmen von mindestens vier Mitgliedsgemeinden zustande gekommen ist.</p> <p>Für Beschlüsse, die die Über-nahme von <u>freiwilligen Aufga-ben</u> durch den Verband betref-fen, ist eine Mehrheit von min-destens drei Viertel der sat-zungsmäßigen Stimmenzahl er-forderlich.</p> <p>6) Die Niederschrift über die Verhandlungen der Versam-mlung ist vom Vorsitzen-den und dem Schriftführer zu unterzeichnen. Sie ist den Mit-gliedern der Versammlun-g mit der Einladung zur</p>	<p>die Hälfte aller Mitglieder anwe-send ist und mindestens zwei der Mitgliedsgemeinden vertreten sind.</p> <p>(4) Die Beschlüsse der Versam-mlung über das <u>Ausschei-den</u> einer Mitgliedsgemeinde aus dem Verband, über die <u>Änderung der Verbandssatzung sowie über die Auflösung des Verbandes</u> be-dürfen einer Mehrheit von drei Vierteln der Stimmen aller Mit-glieder der Versammlun-g.</p> <p>(5) Die Niederschrift über die Ver-handlungen der Versam-mlung ist vom Vorsitzen-den und dem Schriftführer zu unter-zeichnen. Sie ist den Mitgliedern</p>	<p>tens 2/3 aller Stimmen vertre-ten sind und die Versam-mlung ordnungsgemäß ge-leitet wird.</p> <p>Die Beschlüsse der Versam-mlung werden mit einer Mehrheit von 2/3 aller Stimmen der Mitglieder der Versam-mlung gefaßt - für Be-schlüsse nach § 2 Abs.3 Ziff.1.1 und § 2 Abs.4 Ziff.1.1 sowie zur <u>Änderung der Verbandssatzung</u> ist jedoch eine Mehrheit von 4/5 aller Stimmen erforderlich.</p> <p>(4) Die Niederschrift über die Verhandlungen der Versam-mlung ist vom Vorsitzen-den und vom Schriftführer so-wie mindestens 2 Mitgliedern der Versammlung zu</p>
---	--	---	---	--

gliedern der Verbandsversammlung innerhalb von <u>zwei</u> Monaten zur Kenntnis zu bringen.	Mitgliedern der Verbandsversammlung innerhalb eines Monats, spätestens jedoch bei der nächsten Verbandsversammlung zur Kenntnis zu bringen	nächsten Sitzung, spätestens jedoch innerhalb <u>zwei</u> Monaten bekannt zu geben	der Verbandsversammlung innerhalb von <u>einem</u> Monat zu Kenntnis zu bringen. Mehrfertigungen von Niederschriften über nicht-öffentliche Sitzungen dürfen nicht ausgehändigt werden.	unterzeichnen. Sie ist den Mitgliedern des Verbands innerhalb <u>eines</u> Monats zur Kenntnis zu bringen. Mehrfertigungen von Niederschriften erhalten nur die Mitgliedsgemeinden
<p>§ 6 Einspruchsrecht (in § 13 GKZ als Möglichkeit vorgegeben)</p> <p>Erfüllt der Verband eine Aufgabe nur für einzelne Verbandsmitglieder, können diese Verbandsmitglieder insoweit gegen Beschlüsse der Verbandsversammlung, die für sie von besonderer Wichtigkeit oder erheblicher wirtschaftlicher Bedeutung sind, binnen zwei Wochen nach Beschlussfassung schriftlich Einspruch einlegen. Der Einspruch hat aufschiebende Wirkung. Auf den Einspruch hat die Verbandsversammlung erneut zu beschließen. Der Einspruch ist zurückgewiesen, wenn der neue Beschluss mit einer Mehrheit von mindestens 2/3 der Stimmen der vertretenen Verbandsmitglieder, mindestens jedoch mit der Mehrheit der satzungsmäßigen Stimmenzahl gefasst wird.</p>				<p>§ 9 Einspruchsrecht</p> <p>Erfüllt der Verband eine Aufgabe nur für einzelne Verbandsmitglieder, können diese Verbandsmitglieder insoweit gegen Beschlüsse der Verbandsversammlung, die für sie von besonderer Wichtigkeit oder erheblicher wirtschaftlicher Bedeutung sind, binnen zwei Wochen nach Beschlussfassung schriftlich Einspruch einlegen. Der Einspruch hat aufschiebende Wirkung. Auf den Einspruch hat die Verbandsversammlung erneut zu beschließen. Der Einspruch ist zurückgewiesen, wenn gem. § 8 Abs. 4 erneut beschlossen ist.</p>
§ 7 Verbandsvorsitzender	§ 7 Verbandsvorsitzender	§ 8 Verbandsvorsitzender	§ 15 Verbandsvorsitzender	§ 10 Verbandsvorsitzender

<p>(1) Der Verbandsvorsitzende ist Vorsitzender der Verbandsversammlung. Die beteiligten Mitgliedsgemeinden sind sich darüber einig, dass der jeweilige Bürgermeister der Sitzgemeinde (Neckargemünd) Verbandsvorsitzender sein soll.</p> <p>(2) Soweit das Gesetz über kommunale Zusammenarbeit und diese Verbandssatzung keine Bestimmungen über den Verbandsvorsitzenden enthalten, finden auf diesen die Vorschriften der Gemeindeordnung über den Bürgermeister entsprechende Anwendung.</p> <p>(3) Der Verbandsvorsitzende erledigt in eigener Zuständigkeit die Geschäfte der laufenden Verwaltung und die ihm sonst durch Gesetz oder Verbandsversammlung übertragenen Aufgaben.</p> <p>(4) Dem Verbandsvorsitzenden werden folgende Aufgaben zur Erledigung dauernd übertragen, soweit sie ihm nicht bereits nach Absatz 2 zukommen:</p> <p>Der Verbandsvorsitzende ist zuständig für die Entscheidung über die Anschaffung o-</p>	<p>(1) Soweit das Gesetz über kommunale Zusammenarbeit und diese Verbandssatzung keine Bestimmungen über den Verbandsvorsitzenden enthalten, finden auf diesen die Vorschriften der Gemeindeordnung über den Bürgermeister entsprechende Anwendung.</p> <p>(2) Der Verbandsvorsitzende erledigt in eigener Zuständigkeit die Geschäfte der laufenden Verwaltung und die ihm sonst durch Gesetz oder Verbandsversammlung übertragenen Aufgaben.</p> <p>(3) Dem Verbandsvorsitzenden werden folgende Aufgaben zur Erledigung dauernd übertragen, soweit sie ihm nicht bereits nach Absatz 2 zukommen:</p> <p>a) Die Entscheidung über Anschaffung oder Herstellung von Vermögensgegenständen, deren</p>	<p>1) Der Verbandsvorsitzende ist der Leiter der Verbandsverwaltung und vertritt den Verband nach außen. Er erledigt in eigener Zuständigkeit die Geschäfte der laufenden Verwaltung und die ihm sonst durch Gesetz, diese Satzung oder durch besonderen Beschluss der Verbandsversammlung übertragenen Aufgaben.</p> <p>3) Der Verbandsvorsitzende ist über Absatz 1 hinaus zuständig:</p> <p>a) für die Bewirtschaftung von Haushaltsmitteln des Verbandes bis zu € 30.000 im Einzelfall,</p> <p>b) für die Bewilligung von über- und außerplanmäßigen Ausgaben und die Verwendung von Verstärkungsmitteln bis zu € 6.000 im Einzelfall,</p> <p>c) für die Ernennung, Einstellung und Entlassung und sonstige personalrechtliche Entscheidungen von Beschäftigten der Entgeltgruppen 1 bis 9 TVöD, Hilfsbeschäftigten, Beamtenan-</p>	<p>(1) Soweit das Gesetz über kommunale Zusammenarbeit (GKZ) und diese Verbandssatzung keine Bestimmungen über den Verbandsvorsitzenden enthalten, finden auf diesen die Vorschriften der Gemeindeordnung (GemO) über den Bürgermeister entsprechende Anwendung.</p>	<p>(1) Soweit das GKZ und diese Verbandssatzung keine Bestimmungen über den Verbandsvorsitzenden enthalten, finden auf diesen die Vorschriften der GO über den Bürgermeister entsprechende Anwendung.</p>
---	---	---	--	---

<p>der Herstellung von Vermögensgegenständen, deren Anschaffungs- oder Herstellungskosten im Einzelfall oder für die Sachgemeinschaft nicht mehr als 2.500,00 € 5.000 € betragen.</p> <p>Er ist ebenfalls zuständig für die Vergabe von Planungsaufträgen, Architektenverträgen und Ingenieurverträgen mit der Maßgabe, dass die Aufträge nur dann erteilt werden können, wenn der Beschluss des Gemeinderats der jeweils betroffenen Gemeinde vorliegt (<u>beschlossen am 11.12.1985, aber noch nicht in die Satzung eingearbeitet. Vorschlag: weglassen – voraussichtlich gedacht für verbandseigenes Vermögen!</u>).</p>	<p>Anschaffungs- oder Herstellungskosten im Einzelfall oder für die Sachgemeinschaft nicht mehr als 15.000 € betragen,</p> <p>b) die Stundung von Forderungen im Einzelfall bis zu 3 Monaten,</p> <p>c) den Verzicht auf Ansprüche des Gemeindeverwaltungsverbandes und die Niederschlagung solcher Ansprüche, wenn der Verzicht oder die Niederschlagung im Einzelfall nicht mehr als 500,00 € beträgt,</p> <p>d) die Einstellung und Entlassung von Aushilfskräften.</p>	<p>wärtern, Auszubildenden, Praktikanten und anderen in Ausbildung stehenden Personen</p> <p>d) die Stundung von Forderungen im Einzelfall bis</p> <ul style="list-style-type: none"> - zu drei Monaten in unbeschränkter Höhe - zu neun Monaten bis zu einem Höchstbetrag von € 5.000 		
<p>(2) Der Verbandsvorsitzende, der erste und zweite Stellvertreter, werden in der ersten Sitzung der Verbandsversammlung auf die Dauer von 5 Jahren gewählt. Sie müssen Bürgermeister einer Mitgliedsgemeinde sein. Scheiden sie</p>	<p>(4) Der Verbandsvorsitzende und zwei Stellvertreter werden in der ersten Sitzung der Verbandsversammlung nach jeder regelmäßigen Neubestellung der weiteren Vertreter nach § 5 Abs. 4 Satz 1 gewählt. Scheiden sie vorzeitig aus der Verbandsversammlung aus, findet für den</p>	<p>2) Der Verbandsvorsitzende sowie seine beiden Stellvertreter werden in der ersten Sitzung nach jeder regelmäßigen Neubestellung der weiteren Vertreter nach § 6 Abs. 2 Satz 2 gewählt. Scheiden sie vorzeitig aus der Verbandsversammlung aus,</p>	<p>(2) Der Verbandsvorsitzende und zwei Stellvertreter werden in der ersten Sitzung der Verbandsversammlung nach jeder regelmäßigen Neubestellung der weiteren Vertreter nach § 13 Abs. 2 Satz 2 gewählt. Scheiden sie vorzeitig aus der Verbandsversammlung aus, findet für den Rest ihrer Amtszeit eine Neuwahl statt.</p>	<p>(2) Der Verbandsvorsitzende und zwei Stellvertreter werden in der ersten Sitzung der Verbandsversammlung nach jeder regelmäßigen Neubestellung der weiteren Vertreter nach § 7 Abs. 2 Satz 2 gewählt. Scheiden sie vorzeitig aus der Verbandsversammlung aus, findet für den</p>

<p>vorzeitig aus der Verbandsversammlung aus, findet für den Rest ihrer Amtszeit eine Neuwahl statt.</p> <p>(3) Soweit das Zweckverbandsgesetz-Gesetz über kommunale Zusammenarbeit und diese Verbandssatzung keine Bestimmungen über den Verbandsvorsitzenden enthalten, finden auf diesen die Vorschriften der Gemeindeordnung über den Bürgermeister entsprechende Anwendung.</p>	<p>Rest ihrer Amtszeit eine Neuwahl statt.</p>	<p>so findet für den Rest ihrer Amtszeit eine Neuwahl statt.</p>		<p>Rest ihrer Amtszeit eine Neuwahl statt.</p>
<p>§ 8 Verbandsverwaltung</p> <p>(1) Zur Erfüllung seiner Aufgaben bedient sich der Verband in der Regel geeigneter Bediensteter und sächlicher Verwaltungsmittel der Stadt Neckargemünd. Sofern Bedienstete anderer Mitgliedsgemeinden mit Verbandsaufgaben beauftragt werden, ist diesbezüglich ein öffentlich-rechtlicher Vertrag zu schließen.</p>	<p>§ 8 Verbandsverwaltung</p> <p>(1) Zur Durchführung seiner Aufgaben nach § 2 stellt der Verband Beamte mit der Befähigung zum Gemeindefachbeamten und sonstige Bedienstete nach Maßgabe des Stellenplans ein. Er kann auch die sonstigen Bediensteten zu hauptamtlichen Beamten ernennen.</p> <p>(2) Der Verband kann sich zur Durchführung bestimmter ihm nach § 2 obliegender Aufgaben</p>	<p>§ 9 Verbandsverwaltung</p> <p>1) Der Verband stellt die zur Erfüllung und Erledigung der gemeinsamen Aufgaben erforderlichen Bediensteten ein. Der Verband kann hauptamtliche Beamte ernennen.</p> <p>2) Die Ernennung der Verbandsbeamten richtet sich nach der Stellensatzung, die Einstellung der übrigen Verbandsbediensteten nach dem Stellenplan.</p> <p>3) Dienstvorgesetzter der Verbandsbediensteten ist der Verbandsvorsitzende.</p> <p>4) Der Verband kann sich zur Erfüllung einzelner ihm nach § 2 obliegender Aufgaben auch ge-</p>	<p>§ 16 Verbandsverwaltung</p> <p>(1) Zur Erfüllung seiner Aufgaben nach § 2 stellt der Verband Beamte und sonstige Bedienstete nach Maßgabe des Stellenplanes ein.</p> <p>(2) Der Verband kann sich zur Erfüllung einzelner ihm nach § 2 obliegender Aufgaben auch geeigneter Bediensteter und sächlicher</p>	<p>§ 11 Verbandsverwaltung</p> <p>(1) Zur Erfüllung seiner Aufgaben nach § 2 stellt der Verband Beamte mit der Befähigung zum Gemeindefachbeamten und sonstige Bedienstete nach Maßgabe des Stellenplanes ein. Er kann auch die sonstigen Bediensteten zu hauptamtlichen Beamten ernennen.</p> <p>(2) Der Verband kann sich zur Erfüllung einzelner ihm nach § 2</p>

<p>Das Nähere regelt eine Vereinbarung zwischen dem Verband und den Mitgliedsgemeinden.</p> <p>(2) Verletzt ein Bediensteter nach Abs. 1 in Ausübung einer Verbandsaufgabe nach § 2 Abs. 3 und 4 die einem Dritten gegenüber obliegende Verpflichtung, so haftet der Verband. Bei einer Tätigkeit nach § 2 Abs. 1 und 2 für eine Mitgliedsgemeinde haftet die Mitgliedsgemeinde.</p>	<p>auch geeigneter Bediensteter und sachlicher Verwaltungsmittel der Mitgliedsgemeinden bedienen.</p> <p>Das Nähere regelt eine Vereinbarung zwischen dem Verband und den Mitgliedsgemeinden.</p> <p>(3) Verletzt ein Bediensteter nach Abs. 2 in Ausübung einer Verbandsaufgabe nach § 2 Abs. 3 bis 5 die einem Dritten gegenüber obliegende Verpflichtung, so haftet der Verband. Bei einer Tätigkeit nach § 2 Abs. 1 und 2 haftet die Mitgliedsgemeinde</p>	<p>eigneter Bediensteter und sachlicher Verwaltungsmittel einzelner oder mehrerer Verbandsmitglieder bedienen.</p> <p>Das Nähere wird jeweils durch eine Vereinbarung zwischen dem Verband und dem Verbandsmitglied bzw. den Verbandsmitgliedern geregelt</p>	<p>Verwaltungsmittel der Verbandsgemeinden bedienen.</p> <p>Das Nähere regelt eine Vereinbarung zwischen dem Verband und den Verbandsgemeinden.</p> <p>Verletzt ein nach § 16 Abs. 2 eingesetzter Bediensteter in Ausübung seiner Tätigkeit bei der Wahrnehmung einer Verbandsaufgabe nach § 2 die einem Dritten gegenüber obliegende Amtspflicht, so haftet der Verband.</p>	<p>obliegender Aufgaben auch geeigneter Bediensteter und sachlicher Verwaltungsmittel der Mitgliedsgemeinden</p> <p>gegen Kostenersatz bedienen.</p> <p>(3) Verletzt ein Bediensteter nach Abs. 1 in Ausübung seiner Tätigkeit bei der Wahrnehmung einer Verbandsaufgabe nach § 2 Abs. 4 und 5 die einem Dritten gegenüber obliegende Amtspflicht, so haftet der Verband. Im übrigen haftet die Mitgliedsgemeinde, für die er tätig geworden ist.</p> <p>(4) Der Verband kann sich zur Erfüllung seiner Aufgaben nach § 2 Dritter bedienen.</p>
		<p>§ 10 Ehrenamtliche Tätigkeit</p> <p>1) Die Mitglieder der Verbandsversammlung erhalten ein Sitzungsgeld.</p> <p>2) Der Verbandsvorsitzende erhält eine Aufwandsentschädigung.</p> <p>3) Das Nähere zu Abs. 1 und 2 - auch über die Entschädigung der Stellvertretung des Vorsit-</p>		

		zenden - regelt die Verbandsversammlung durch besondere Satzung.		
		§ 11 Regelmäßige Sprechstunden 1) Auf Wunsch von Mitgliedsgemeinden und im Interesse einer möglichst bürgernahen Verwaltung können in den bestehenden Rathäusern der Mitgliedsgemeinden regelmäßige Sprechstunden durch den Verband abgehalten werden. 2) Der Umfang der Sprechstunde wird vom Verbandsvorsitzenden im Einvernehmen mit der Verbandsversammlung festgelegt. 3) Die Unterhaltungs- und Bewirtschaftungskosten für die Bereitstellung der Räume an Sprechtagen werden von den betreffenden Mitgliedsgemeinden selbst getragen. Dasselbe gilt für etwaige Neubeschaffungskosten.		
§ 9 Finanzierung (1) Der der Stadt Neckargemünd entstandene, nicht anderweitig gedeckter Aufwand für die Verbandsverwaltung und die Aufgabenerfüllung nach § 2 wird auf die Mitgliedsgemeinden wie folgt umgelegt: jährlich	§ 9 Finanzierung (1) Der dem Verband für die Erledigung der Aufgaben nach § 2 Abs. 2 Buchst. a (techn. Angelegenheiten bei der verb. Bauleitplanung u.a.),	§ 13 Finanzierung der Erledigungsaufgaben 1) Der Verband erhebt für die Inanspruchnahme seiner Einrichtungen und seiner Dienstleistungen nach § 2 Abs. 1 - soweit diese nur einzelne Mitgliedsgemeinden betrifft - kostendeckende Entgelte.	§ 17 Finanzierung (1) Der dem Verband entstandene, nicht anderweitig gedeckte Aufwand, wird auf die Mitgliedsgemeinden wie folgt umgelegt: 1. <u>Erledigungsaufgaben</u>	§ 12 Finanzierung (1) Der Verband legt den andersweitig nicht gedeckten Aufwand auf die Mitgliedsgemeinden nach dem Verhältnis der nach § 143 GO maßgebenden <u>Einwohnerzahlen</u> um, soweit

<p>nach dem Verhältnis der nach § 147 143 GemO maßgebenden Einwohnerzahlen auf die Mitgliedsgemeinden umgelegt.</p> <p>Ein über das normale Maß hinausgehender, einzelfallbezogener Aufwand wird allein auf die betreffende Gemeinde umgelegt.</p> <p>(2) Die Verbandsumlage wird berechnet:</p> <p>1. Erledigungsaufgaben Bei den Aufgaben nach § 2 Abs. 2 Nr. 1 a) nach dem für die einzelnen Mitgliedsgemeinden tatsächlich entstandenen Aufwand, hinsichtlich der Personalkosten nach den pauschalierten Stellenanteilen in der gemäß § 8 Abs. 1 getroffenen Vereinbarung,</p> <p>b) hinsichtlich der Raum- und Sachkosten sowie dem sächlichen Verwaltungsaufwand in analoger Anwendung der Verwaltungsvorschrift des Finanzministeriums über die Berücksichtigung der Verwaltungskosten insbesondere bei der Festsetzung von Gebühren und sonstigen Entgelten für die Inanspruchnahme der Landesverwaltung (VwV Kostenfestlegung) in der jeweils gültigen</p>	<p>§ 2 Abs. 2 Buchst. b (Planung und Bauleitung für Hoch- und Tiefbau),</p> <p>§ 2 Abs. 2 Buchst. c (Unterhaltung und Ausbau Gewässer zweiter Ordnung)</p> <p>und für die Erfüllung der Aufgaben nach</p> <p>§ 2 Abs. 3 Buchst. b (Straßenbaulast für Gemeindeverbindungsstraßen)</p> <p>entstandene, anderweitig nicht gedeckte Aufwand wird auf die Mitgliedsgemeinden nach dem für die einzelnen Mitgliedsgemeinden tatsächlich entstandenen Aufwand umgelegt.</p> <p>Soweit vom Verband nicht für alle Mitgliedsgemeinden die Abgaben-, Kassen- und Rechnungsgeschäfte nach § 2 Abs. 2 Nr. 1 Buchst. d erledigt werden, wird der zur Erledigung dieser Aufgaben entstandene anderweitig nicht gedeckte Aufwand ebenfalls auf die Mitgliedsgemeinden nach dem für die einzelnen Mitgliedsgemeinden tatsächlich entstandenen Aufwand umgelegt.</p>	<p>2) Verwaltungsmäßige Vorteile der Stadt Schönauf im Schwarzwald aus der Betreuung von Sondereinrichtungen bestehen für den Eigenbetrieb „Städtische Wohnbau Schönauf im Schwarzwald“. Diese werden durch einen Verwaltungskostenbeitrag abgegolten, der durch die Versammlung festgesetzt wird.</p> <p>3) Mitgliedsgemeinden sind verpflichtet, die vom Verband benötigten Räume zur Erfüllung seiner verwaltungsmäßigen Aufgaben unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Unterhaltung, Instandsetzung und Erweiterung ist Sache der Mitgliedsgemeinden ebenfalls ein eventueller Schuldendienst.</p> <p>4) Den durch Abs. 1 bis 3 nicht gedeckten Finanzbedarf für die Aufgabenerledigung nach § 2 Abs. 1 legt der Verband durch eine jährliche allgemeine Verwaltungskostenumlage auf die Mitgliedsgemeinden um. Bemessungsgrundlage ist der um die kalkulatorischen Kosten (kalkulatorische Zinsen) bereinigte</p>	<p>Bei den Aufgaben nach § 2 Abs. 2 Buchstabe a bis c nach dem für die einzelne Mitgliedsgemeinde <u>tatsächlich entstandenen Aufwand</u>,</p> <p>2. <u>Erfüllungsaufgaben</u> für die Wahrnehmung der Straßenbaulast für Gemeindeverbindungsstraßen sowie für die Kanal- und Straßenreinigung nach dem für die einzelne Mitgliedsgemeinde <u>tatsächlich entstandenen Aufwand</u>,</p> <p>3. bei <u>allen übrigen vom Verband wahrgenommenen Aufgaben</u> nach dem Verhältnis der nach § 143 GemO maßgebenden Einwohnerzahlen.</p>	<p>nachfolgend nichts anderes bestimmt ist.</p> <p>(2) Vom gesamten Finanzaufwand (ohne Investitionsaufwand) werden 15 % für die allgemeine Verbandsverwaltung angesetzt. Dieser Aufwand wird entsprechend Abs. 1 auf die Mitgliedsgemeinden verteilt. Die Verwaltungskosten des Verbands sind mit dieser Umlage abgegolten.</p> <p>(3) Bei den Aufgaben nach § 2 Abs. 3 Nr.1.1 werden die Kosten nach dem für die einzelnen Mitgliedsgemeinden <u>tatsächlich entstandenen Aufwand</u> verteilt. Dies gilt auch, wenn gem. § 2 Abs. 2 Waldarbeiter und sonstige Bedienstete zur Verfügung gestellt werden.</p> <p>(4) Die Kosten für die Aufgaben nach § 2 Abs.3 Nr. 1.2 werden auf die dort beteiligten Gemeinden nach dem Verhältnis der Einwohnerzahlen nach § 143 GO verteilt. Der Zuschuß nach § 34 b FAG 1970 wird hiervon abgesetzt.</p>
---	--	--	---	--

<p>Fassung.</p> <p>2. — Erfüllungsaufgaben Für die Aufstellung des Flächen- nutzungsplans und für die Ge- meindeverbindungsstraßen gilt Ziff. 1. streichen</p> <p>3. — Bei allen übrigen vom Verband wahrgenommenen Aufgaben</p> <p>(3) Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen werden gesondert nach dem für die einzelnen Mitgliedsgemeinden entstehenden Aufwand umgelegt.</p> <p>(4) Die Umlage ist mit je einem Viertel in der Mitte des Vierteljahres fällig. Solange ihre Höhe noch nicht festgestellt ist, haben die Mitgliedsgemeinden zu diesen Terminen Vorauszahlungen auf der Grundlage der Vorjahresschuld zu leisten.</p> <p>Sollten die beim Verband vorhandenen Mittel nicht zur Begleichung von Verpflichtungen ausreichen, können die Mittel jederzeit im Verhältnis der Umlage von den Mitgliedsgemeinden angefordert werden.</p>	<p>(2) Für alle übrigen vom Verband wahrgenommenen Aufgaben wird der anderweitig nicht gedeckte Aufwand zu 50 v.H. nach dem Verhältnis der nach § 143 GemO maßgebenden Einwohnerzahlen und zu 50 v.H. nach dem Verhältnis der für das Haushaltsjahr maßgebenden Steuerkraftsummen der Mitgliedsgemeinden umgelegt.</p> <p>(3) Die sich nach Abs. 1 bis 2 ergebende Umlage ist mit je einem Viertel zu Beginn des Vierteljahres fällig. Solange ihre Höhe noch nicht festgesetzt ist, haben die Mitgliedsgemeinden zu diesen Terminen Vorauszahlungen auf der Grundlage der festgesetzten Vorjahresschuld zu leisten.</p>	<p>Nettoressourcenbedarf des Ergebnishaushaltes des jeweiligen Haushaltsjahres. Hierzu zählen die ordentlichen und außerordentlichen Erträge und Aufwendungen (§ 2 GemHVO - Doppik) sowie die Erträge und Aufwendungen für interne Leistungen. Umlageschlüssel sind die nach § 143 GemO maßgebenden Einwohnerzahlen der Mitgliedsgemeinden.</p> <p>5) Die Umlage nach Abs. 4 ist mit je einem Viertel in der Mitte des Kalendervierteljahres fällig; solange ihre Höhe noch nicht festgestellt ist, haben die Mitgliedsgemeinden zu diesen Terminen entsprechende Vorauszahlungen auf der Grundlage der Vorjahresschuld zu leisten.</p> <p>Jeweils mit Abschluss des Rechnungsjahres erfolgt eine <u>Spitzabrechnung</u>.</p> <p>§ 14 Finanzierung der Erfüllungsaufgaben</p>	<p>(2) Die Umlage ist mit je einem Viertel in der Mitte des Vierteljahres fällig. Solange ihre Höhe noch nicht festgestellt ist, haben die Mitgliedsgemeinden zu diesen Terminen Vorauszahlungen auf der Grundlage der Vorjahresschuld zu leisten.</p>	<p>(5) Die allgemeine Verbandsumlage ist mit je einem Viertel in der Mitte des Rechnungsvierteljahres fällig. Solange ihre Höhe noch nicht festgestellt ist, haben die Mitgliedsgemeinden zu diesen Terminen entsprechende Vorauszahlungen auf der Grundlage der Vorjahresschuld zu leisten</p>
--	--	--	--	---

		<p>1) Der Aufwand für die vorbereitende Bauleitplanung (§ 2 Abs. 2 Buchst. a) sowie für das Personenstandswesen (§ 2 Abs. 2 Buchst. g) wird entsprechend der Einwohnerzahl (§ 143 GemO) auf die Mitgliedsgemeinden umgelegt. Die Umlageerhebung erfolgt mit der in § 13 Abs. 4 genannten allgemeinen Verwaltungskostenumlage.</p> <p>2) Der Straßenlastenausgleich (§ 2 Abs. 2 Buchst. b) richtet sich nach der Länge der zu unterhaltenden Gemeindeverbindungsstraßen; maßgebend sind die nach § 24 FAG festgestellten Wegstrecken. Unterhaltungsmaßnahmen werden nach dem für die einzelnen Mitgliedsgemeinden tatsächlich entstandenen Aufwand abgerechnet. Nicht benötigte Mittel werden in einer zweckgebundenen Rücklage gesammelt, wobei das Vermögen separat nach den einzelnen Mitgliedsgemeinden verwaltet wird.</p> <p>3) Der Schullastenausgleich (§ 2 Abs. 2 Buchst. c): Der um die kalkulatorischen Kosten (kalkulatorische Zinsen) bereinigte Nettoressourcenbedarf des Ergebnishaushaltes des jeweiligen</p>		
--	--	--	--	--

		<p>Haushaltsjahres wird nach den Schülerzahlen auf die an der Buchenbrand-Grundschule beteiligten Mitgliedsgemeinden umgelegt. Hierzu zählen die ordentlichen und außerordentlichen Erträge und Aufwendungen (§ 2 GemHVO - Doppik) sowie die Erträge und Aufwendungen für interne Leistungen. Als Umlageschlüssel gelten die nach der allgemeinen Schulstatistik maßgebenden Schülerzahlen des laufenden Jahres. Jeweils mit Abschluss des Rechnungsjahres erfolgt eine Spitzabrechnung.</p> <p>4) Buchenbrandhalle (§ 2 Abs. 2 Buchst. d): Der Nettoressourcenbedarf des Ergebnishaushaltes des jeweiligen Haushaltsjahres wird für den Betrieb der Buchenbrandhalle entsprechend der Einwohnerzahl (§ 143 GemO) auf die Mitgliedsgemeinden umgelegt. Hierzu zählen die ordentlichen und außerordentlichen Erträge und Aufwendungen (§ 2 GemHVO - Doppik) sowie die Erträge und Aufwendungen für interne Leistungen. Jeweils mit Abschluss des Rechnungsjahres erfolgt eine Spitzabrechnung.</p>		
--	--	---	--	--

		<p>4 a) Die Verbandsversammlung hat in ihrer Sitzung am 30.03.2017 beschlossen, für die sanierungsbedürftige Buchenbrandhalle eine neue Mehrzweckhalle als Dreifachhalle zu bauen. Der um die kalkulatorischen Kosten (kalkulatorische Zinsen) bereinigte Nettoressourcenbedarf des Ergebnishaushaltes des jeweiligen Haushaltsjahres wird für den Betrieb der neuen Mehrzweckhalle zu 50 % nach dem Schulsportschlüssel (Pflichtstunden Sportunterricht zum Stichtag Schuljahresbeginn Vorjahr) und zu 50 % entsprechend der Einwohnerzahl (§ 143 GemO) auf die Mitgliedsgemeinden umgelegt.</p> <p>Hierzu zählen die ordentlichen und außerordentlichen Erträge und Aufwendungen (§ 2 GemHVO - Doppik) sowie die Erträge und Aufwendungen für interne Leistungen.</p> <p>Jeweils mit Abschluss des Rechnungsjahres erfolgt eine Spitzabrechnung.</p> <p>5) Friedhofskosten: Der um die kalkulatorischen Kosten (kalkulatorische Zinsen) bereinigte Netto-ressourcenbedarf des Ergebnishaushaltes des jeweiligen Haushaltsjahres wird</p>		
--	--	--	--	--

		<p>für die Aufgabenerfüllung nach § 2 Abs. 2 Buchst. e) entsprechend den Einwohnerzahlen (§ 143 GemO) auf die Mitgliedsgemeinden umgelegt; die Einwohnerzahlen der Gemeinde Wieden bleiben hierbei unberücksichtigt. Hierzu zählen die ordentlichen und außerordentlichen Erträge und Aufwendungen (§ 2 GemHVO - Doppik) sowie die Erträge und Aufwendungen für interne Leistungen. Jeweils mit Abschluss des Rechnungsjahres erfolgt eine Spitzabrechnung.</p> <p>6) Der um die kalkulatorischen Kosten (kalkulatorische Zinsen) bereinigte Nettoressourcenbedarf des Ergebnishaushaltes des jeweiligen Haushaltsjahres wird für den Betrieb des Kindergartens mit den beteiligten Gemeinden in besonderen Verträgen geregelt. Die Finanzierung erfolgt über Landeszuschüsse, Elternbeiträge und Zuschüsse der beteiligten Gemeinden.</p> <p>7) Für die nach § 2 Abs. 5 wahrzunehmenden Aufgaben im Bereich des Fremdenverkehrs überlassen die Mitgliedsgemeinden dem Gemeindeverwaltungsverband:</p>		
--	--	--	--	--

		<p>a) ihre Erträge aus dem Fremdenverkehrsbeitrag zu 100 % und</p> <p>b) einen Fixbetrag aus den kurtaxepflichtigen Übernachtungen.</p> <p>Grundlagen für die Ermittlung des Fixbetrags nach Buchstabe b) sind der Kurtaxe-Satz pro Übernachtung und der ungedeckte Aufwand des Fremdenverkehrssetats. Der Fixbetrag wird durch Beschluss des jeweiligen Haushaltsplanes des Gemeindeverwaltungsverbands festgesetzt. Die Erträge und der Fixbetrag nach den Buchstaben a) und b) sind jeweils nach Ende des Kalendervierteljahres fällig. Sollte am Ende des Kalenderjahres ein ungedeckter Aufwand bestehen, wird dieser entsprechend den Gesamtübernachtungszahlen des Kalenderjahres auf die Mitgliedsgemeinden verteilt. Eine Überdeckung wird entsprechend der Gesamtübernachtungszahlen des Kalenderjahres an die Mitgliedsgemeinden ausgeschüttet.</p> <p>8) Die durch die Mitgliedschaft des Verbandes beim Trägerverein Schwarzwald Nordic Center Notschrei anfallenden Kosten (§ 2 Abs. 6) werden entsprechend</p>		
--	--	---	--	--

		<p>der Einwohnerzahl (§ 143 GemO) auf die Mitgliedsgemeinden umgelegt. Die Umlageerhebung erfolgt mit der in Abs. 4 genannten allgemeinen Verwaltungskostenumlage.</p> <p>§ 15 Finanzierung der Abwasseranlagen</p> <p>1) Zur Finanzierung der Abwasseranlagen (Sammler, Kläranlagen) erhebt der Verband Klärbeiträge nach einer gesonderten Satzung. Zur Unterhaltung der Anlagen erhebt der Verband eine Betriebskostenumlage.</p> <p>2) Der um die kalkulatorischen Kosten (kalkulatorische Zinsen) bereinigte Nettoressourcenbedarf des Ergebnishaushaltes des jeweiligen Haushaltsjahres wird für den Betrieb, die Wartung und die Unterhaltung der Abwasseranlagen auf die Mitgliedsgemeinden nach den tatsächlich angeschlossenen Einwohnern und Einwohnergleichwerte (EGW) umgelegt. Hierzu zählen die ordentlichen und außerordentlichen Erträge und Aufwendungen (§ 2 GemHVO - Doppik) sowie die Erträge und</p>		
--	--	---	--	--

		<p>Aufwendungen für interne Leistungen.</p> <p>Zur Berechnung dieses Schlüssels werden berücksichtigt:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Einwohner (1 Einwohner = 1,00 EGW) 2. Nebenwohnungen (1 Nebenwohnsitz = 0,50 EGW) 3. Fremdenbetten (1 Bett = 0,25 EGW) 4. Gaststättensitzplätze (1 Sitzplatz = 0,25 EGW) <p>3) Die Mitgliedsgemeinden haben dem Verband auf Anforderung Abschlagszahlungen auf die voraussichtlich zu erbringenden Zahlungen zu leisten.</p> <p>Jeweils mit Abschluss des Rechnungsjahres erfolgt eine Spitzabrechnung.</p>		
<p>§ 10 Öffentliche Bekanntmachungen</p> <p>Öffentliche Bekanntmachungen des Verbands erfolgen nach den Bekanntmachungssatzungen der beteiligten Mitgliedsgemeinden.</p>	<p>§ 10 Öffentliche Bekanntmachungen</p> <p>Öffentliche Bekanntmachungen des Verbands erfolgen in dem nach § 2 Abs. 2 Nr. 2 für die Mitgliedsgemeinden herausgegebenen Amtsblatt.</p>	<p>§ 12 Öffentliche Bekanntmachungen</p> <ol style="list-style-type: none"> 1) Das in § 2 Abs. 4 genannte Mitteilungsblatt ("Schönauer Anzeiger") gilt als amtliches Verkündungsblatt des Verbandes im Sinne des § 1 der Verordnung des Innenministeriums zur Durchführung der Gemeindeordnung (DVO GemO). 2) Öffentliche Bekanntmachungen des Verbandes erfolgen durch Einrücken in den "Schönauer Anzeiger". 	<p>18 Öffentliche Bekanntmachungen</p> <p>Öffentliche Bekanntmachungen des Verbandes erfolgen in den Fränkischen Nachrichten und der Rhein-Neckar-Zeitung.</p>	<p>§ 14 Öffentliche Bekanntmachungen</p> <p>Öffentliche Bekanntmachungen des Verbandes erfolgen im Amtsblatt des Verbandes. Bis zur Herausgabe eines Amtsblattes für alle Mitgliedsgemeinden erfolgen die öffentlichen Bekanntmachungen außerdem noch in den bisherigen Mitteilungsblättern der Gemeinden Bempflingen und Neckartailfingen.</p>

		3) Öffentliche Bekanntmachungen treten am Tage nach ihrer Veröffentlichung im "Schönauer Anzeiger" in Kraft		
§ 11 Aufnahme und Ausscheiden von Verbandsmitgliedern (1) Weitere Gemeinden können in den Verband nur zu Beginn eines Rechnungsjahres aufgenommen werden. Entsprechendes gilt für das Ausscheiden einer Mitgliedsgemeinde aus dem Verband. (2) Die Bedingungen, unter denen eine Gemeinde in den Verband aufgenommen wird, werden zuvor zwischen dem Verband und ihr schriftlich vereinbart.	§ 11 Aufnahme und Ausscheiden von Verbandsmitgliedern (1) Weitere Gemeinden können in den Verband nur zu Beginn eines Haushaltsjahres aufgenommen werden. Entsprechendes gilt für das Ausscheiden einer Mitgliedsgemeinde aus dem Verband. Die Kündigungsfrist beträgt ein Jahr zum Beginn eines Haushaltsjahres. (2) Die Bedingungen, unter denen eine Gemeinde in den Verband aufgenommen wird, werden zuvor zwischen dem Verband und ihr schriftlich vereinbart.	§ 16 Neuaufnahme und Ausscheiden von Verbandsmitgliedern (1) Weitere Gemeinden können in den Verband nur zu Beginn eines Rechnungsjahres aufgenommen werden. Die Bedingungen, unter denen eine Gemeinde in den Verband neu aufgenommen wird, werden zuvor zwischen dem Verband und ihr schriftlich vereinbart. 2) Eine Mitgliedsgemeinde kann aus dem Verband frühestens nach drei Jahren seit seiner Gründung zum Ende eines Haushaltsjahres ausscheiden. Die Absicht des Ausscheidens ist ein Jahr zuvor anzuzeigen. Die ausscheidende Mitgliedsgemeinde hat keinen Anspruch auf Aus-	§ 19 Aufnahme und Ausscheiden von Verbandsmitgliedern (1) Weitere Gemeinden können in den Verband nur zu Beginn eines Rechnungsjahres aufgenommen werden. Entsprechendes gilt für das Ausscheiden einer Mitgliedsgemeinde aus dem Verband. (2) Die Bedingungen, unter denen eine Gemeinde in den Verband aufgenommen wird, werden zuvor zwischen dem Verband und ihr schriftlich vereinbart.	

		schüttung eines Anteils an allgemeinem Verbandsvermögen, soweit es die Verbandsversammlung nicht anders beschließt. Ebenso bleibt für diese Gemeinde die Verpflichtung zur Leistung einer Kapitalumlage für die während ihrer Mitgliedschaft aufgenommenen Schulden bestehen		
<p>§ 12 Auflösung des Verbands</p> <p>Bei der Auflösung werden das Vermögen und die Verbindlichkeiten des Verbands auf die ihm bei der Auflösung angehörenden Gemeinden aufgeteilt, soweit sie nicht auf andere Rechtsträger, die die Verbandsaufgaben ganz oder teilweise übernehmen, übertragen oder von diesen übernommen werden. Maßstab für die Aufteilung ist der Fünf-Jahres-Durchschnitt der letzten Verbandsumlage.</p> <p>Für die Verpflichtungen des Verbands, die nur einheitlich erfüllt werden können und die über die Abwicklung der Auflösung hinauswirken, bleiben die Gemeinden Gesamtschuldner.</p>	<p>§ 12 Auflösung des Verbands</p> <p>Bei der Auflösung werden das Vermögen und die Verbindlichkeiten des Verbands auf die ihm bei der Auflösung angehörenden Gemeinden aufgeteilt, soweit sie nicht übertragen oder von diesen übernommen werden.</p> <p>Maßstab für die Aufteilung ist der Fünf-Jahres-Durchschnitt der letzten Verbandsumlage.</p> <p>Für die Verpflichtungen des Verbands, die nur einheitlich erfüllt werden können und die über die Abwicklung der Auflösung hinauswirken, bleiben die Gemeinden Gesamtschuldner.</p>	<p>§ 17 Auflösung des Verbandes</p> <p>1) Die Auflösung des Verbandes kann von der Verbandsversammlung mit der Mehrheit von mindestens zwei Drittel ihrer satzungsmäßigen Stimmenzahl beschlossen werden.</p> <p>2) Im Falle der Auflösung des Verbandes fällt sein verwertbares Vermögen den Verbandsgemeinden im Verhältnis der Einwohnerzahl auf 30.06. des Vorjahres zu. Im Übrigen entscheidet die Verbandsversammlung über die Abwicklung der Auflösung des Verbandes.</p> <p>3) Für die Verpflichtungen des Verbandes, die nur einheitlich erfüllt werden können und die über die Abwicklung der Auflösung hinauswirken, bleiben die Mitgliedsgemeinden Gesamtschuldner.</p>	<p>§ 20 Abwicklung des Verbandes bei der Auflösung</p> <p>Bei der Auflösung werden das Vermögen und die Verbindlichkeiten des Verbandes auf die ihm bei der Auflösung angehörenden Gemeinden aufgeteilt, soweit sie nicht auf andere Rechtsträger, die die Verbandsaufgaben ganz oder teilweise übernehmen, übertragen oder von diesen übernommen werden.</p> <p>Maßstab für die Aufteilung ist der Fünfjahresdurchschnitt der letzten Verbandsumlage.</p> <p>Für die Verpflichtungen des Verbandes, die nur einheitlich erfüllt werden können und die über die Abwicklung der Auflösung hinauswirken, bleiben die Gemeinden Gesamtschuldner.</p>	

<p>Die Erfüllung solcher Verpflichtungen ist, sofern nichts anderes vereinbart wird, Aufgabe der Stadt Neckargemünd.</p> <p>Die übrigen Gemeinden haben dieser ihren Anteil nach dem Maßstab des Satzes 2 zu zahlen.</p>	<p>Die Erfüllung solcher Verpflichtungen ist, sofern nichts anderes vereinbart wird, Aufgabe der Stadt Waibstadt.</p> <p>Die übrigen Gemeinden haben dieser ihren Anteil nach Maßstab des Satzes 2 zu zahlen</p>		<p>Die Erfüllung solcher Verpflichtungen ist, sofern nichts anderes vereinbart wird, Aufgabe der Stadt Walldürn.</p> <p>Die übrigen Gemeinden haben dieser ihren Anteil nach dem Maßstab des Satzes 2 zu zahlen.</p>	
		<p>§ 18 Entscheidung von Rechtsstreitigkeiten</p> <p>1) Bei Streitigkeiten zwischen den Mitgliedsgemeinden und dem Verband sowie zwischen den Mitgliedsgemeinden untereinander über Rechte und Pflichten aus dem Verbandsverhältnis soll vor Beschreiten des Verwaltungsrechtsweges das Landratsamt als Schiedsstelle angerufen werden.</p> <p>2) Einigen sich die Beteiligten über die Vorschläge der Schiedsstelle zur gütlichen Beilegung nicht, so kann die <u>Schiedsstelle</u> verlangen, dass die Angelegenheit innerhalb vier</p>	<p>§ 19 Entscheidung bei Streitigkeiten</p> <p>(1) Bei Streitigkeiten zwischen dem Verband und seinen Verbandsmitgliedern sowie der Verbandsmitglieder untereinander über Rechte und Verbindlichkeiten aus dem Verbandsverhältnis, insbesondere der Planung und Erschließung gemeinsamer Industriegebiete und der Ansiedlung von Betrieben, der Verteilung der Überschüsse und der Pflicht zur Tragung der Verbandslasten aus dieser Aufgabe, ist das Landratsamt Neckar-Odenwald-Kreis in Mosbach zur Schlichtung anzurufen.</p> <p>(2) Wenn die Beteiligten mit den Vorschlägen der Schlichtungsstelle zur gütlichen Beilegung des Streites nicht einverstanden sind, können sie ihre Ansprüche vor dem zuständigen <u>Verwaltungsgericht</u> geltend machen.</p>	

		Wochen der <u>Verbandsversammlung zur Erörterung</u> vorzulegen ist.		
<p>§ 13 Inkrafttreten Diese Satzung tritt am 1.1.2002 in Kraft. Gleichzeitig tritt die bisherige Verbandssatzung vom 01.01.1975 in der Fassung der Änderungssatzungen vom 19.03.1980, 11.12.1986, 27.11.2001 und 05.12.2001 außer Kraft.</p>	<p>§ 13 Schlussbestimmungen</p> <p>(1) Der Gemeindeverwaltungsverband Waibstadt entstand am 1. Januar 1975.</p> <p>(2) Diese Satzung tritt am 1. September 2020 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Verbandssatzung vom 01.01.2002 außer Kraft.</p>	<p>§ 19 Inkrafttreten Diese Verbandssatzung tritt am 01.04.2016 in Kraft. Gleichzeitig tritt die bisherige Verbandssatzung vom 15.10.2009 in der Fassung der Änderungssatzungen vom 12.07.2012 und 09.10.2014 außer Kraft.</p>	<p>§ 21 Inkrafttreten Diese Satzung tritt am 01. Januar 1992 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung vom 05. Dezember 1978, mit Änderungen vom 21. August 1980, 22. September 1981, 09. September 1982, 22. Oktober 1985 und 28. November 1990, außer Kraft.</p>	<p>§ 15 Übergangs- und Schlußbestimmungen</p> <p>(1) Die weiteren Vertreter der Mitgliedsgemeinden in der Verbandsversammlung werden erstmals nach dem Inkrafttreten dieser Verbandssatzung gewählt, sofern diese bisher nicht von den seitherigen Verbandsgemeinden gewählt sind. Bis die weiteren Vertreter der Mitgliedsgemeinden bestellt sind, bilden die Bürgermeister der Mitgliedsgemeinden die Verbandsversammlung. Der an Lebensjahren älteste Bürgermeister nimmt bis zur Wahl des Verbandsvorsitzenden oder seiner Stellvertreter dessen Aufgaben wahr.</p> <p>(2) Die Höhe der Vorauszahlungen auf die Verbandsumlage (§ 11 Abs. 5) im ersten Haushaltsjahr des Bestehens des Gemeindeverwaltungsverbands wird gesondert festgesetzt.</p> <p>(3) Der durch diese Verbandssatzung neu gebildete Gemeindeverwaltungsverband Neckartenzlingen ist Rechtsnachfolger des</p>

				<p>bisherigen Gemeindeverwaltungsverbands Neckartenzlingen.</p> <p>(4) Die Verbandssatzung tritt am Tage nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft, gleichzeitig tritt die Verbandssatzung vom 10./14.12.1971 außer Kraft.</p> <p>Die Änderung der alten Verbandssatzung und die neue Verbandssatzung werden vom Landratsamt Esslingen als Rechtsaufsichtsbehörde in der für sie vorgeschriebenen Form öffentlich bekannt gemacht.</p> <p>Hinweis: § 15 betrifft nur die ursprüngliche Verbandssatzung bzw. die vom LRA Esslingen angeordnete Änderung von 1975. Stand: In diese Satzung sind folgende Änderungen eingearbeitet: Änderung v. 31.8.1976 Änderung v. 21.9.1976 Änderung v. 15.3.1981 Änderung v. 1.12.1981 Änderung v. 22.1.1985 Änderung v. 5.12.2002 Änderung v. 12.12.2018</p>
--	--	--	--	--